

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis für Abonnenten durch die
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 RM;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Ortsvereine
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christl. Bund)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 45 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 87.

Berlin, Sonnabend, 2. November 1907.

Neununddreißigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Minister und Schatzmacher. — Rücklänge zum Zweiten
deutschen Arbeiterkongress. — Allgemeine Rundschau. —
Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Minister und Schatzmacher.

Viele schöne Reden sind in den letzten Wochen
von Ministern gehalten worden. Es wäre ver-
fehlt, wollte man ihnen allzugroße Bedeutung be-
legen. Denn zwischen Worten und Taten liegt
noch eine tiefe Kluft. Im übrigen sind auch
gerade die Reden, mit denen wir uns im folgen-
den kurz beschäftigen wollen, keineswegs so inhalt-
schwer, daß man aus ihnen etwa den Geist er-
kennen könnte, der die Weiterentwicklung unserer
wirtschaftlichen und sozialen Lebens durchsetzen
wird.

Auf dem sogenannten Zweiten deutschen Ar-
beiterkongress hat der neue Staatssekretär des
Reichsamtis des Innern, Herr von Bethmann-
Hollweg, eine sehr schöne Rede gehalten. Der
Herr versteht überhaupt schon zu reden, womit
nicht gesagt sein soll, daß auch der Inhalt immer
auf der Höhe der Zeit liegt. Wir erkennen nicht,
daß die auf dem Arbeiterkongress gehaltene Rede
von einem gewissen sozialen Verständnis getragen
war. Inwiefern will uns doch scheinen, als wenn
der Ton darin denn doch etwas zu stark patri-
archalisch klang. Und auch inhaltlich war sie recht
mager. Es fällt uns da unwillkürlich ein Ver-
gleich ein: Vor einigen Jahren wurde einmal von
der Komposition des deutschen Arbeiters ge-
sprochen, die bis zum Ueberlaufen gefüllt sei. Die
Rede des Herrn von Bethmann-Hollweg hat auf
uns den Eindruck gemacht, als wenn sie eine
nüchternen sozialpolitischen Wasseruppe wäre.
Denn was hilft es den Arbeitern, wenn ihnen
Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit
als die vier Grundpfeiler einer glücklichen Zukunft
empfohlen werden? Damit werden ihre materiellen
Forderungen und Wünsche nicht erfüllt. Darüber
hilft auch die Ankündigung des Reichsvereins-
gesetzes, der Novelle zur Gewerbeordnung und der
Vorlage über Arbeitskammern nicht hinweg.

Um die Partitüt zu wahren, hat nun Herr
von Bethmann-Hollweg in diesen Tagen auch vor
Unternehmern eine Rede gehalten, die in ihrem
ersten Teile ebenfalls recht nichtsagend war, in
ihrem zweiten Teile aber einen sozialpolitischen
Anklang hatte. Auf der Delegiertenversammlung
des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dessen
Geschäftsführer der bekannte Herr Bueck ist, er-
klärte er, daß er bestrebt sein werde, „dem Unter-
nehmertum und der Arbeiterchaft mit der gleichen
Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten
und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig
zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit
dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für
das Mögliche sowohl, wie auch für das Notwendige
zu gewinnen“. Er fügte hinzu, daß er eine ent-
schlossene Sozialpolitik weiterführen werde, die
von den wirtschaftlichen Zuständen der Industrie
untrennbar sei“. Zum Schluß warnte er vor
Ueberpannungen der auf die Zusammenfassung
der Industriebetriebe gerichteten Bestrebungen und
wies auf die verhängnisvollen wirtschaftlichen und
sozialen Folgen dieses Fehlens in anderen Ländern
hin, womit er zweifellos die Vorgänge, die sich

gegenwärtig in Amerika bezüglich der Trusts ab-
spielen, im Auge hatte.

Ebenso wie wir es für zweckmäßig halten,
daß unsere Staatsleute auf den Kongressen der
Arbeiter sich über deren Wünsche unterrichten,
ebenso müssen wir es billigen, daß sie die Ver-
sammlungen der Unternehmer aufsuchen, um sich
dort zu informieren. Das ist hier gesehen, und
wir stehen nicht an zu erklären, daß Herr
von Bethmann-Hollweg es verstanden hat, beiden
Teilen in gleicher Weise gerecht zu werden.

Auf die Rede des Generalsekretärs Bueck, der
über die hauptsächlichsten sozialpolitischen Fragen
sprach, wollen wir im einzelnen heute nicht ein-
gehen. Dazu wird sich noch Gelegenheit bieten.
Es nimmt nicht wunder, daß er Widerspruch
erhob gegen die „weitgehenden sozialpolitischen Be-
strebungen“, von denen seit Jahren die Industrie
schwer beunruhigt werde, und sich energisch gegen
jede Erweiterung des bestehenden Koali-
tionsrechts wandte. Die Ansichten des Herrn
Bueck, des Baters der 12.000 Mark-Affäre, in
dieser Beziehung sind ja bekannt und werden
deswegen auch nicht besonders befremden. Die
Stellungnahme des Zentralverbandes selbst zu
den einzelnen sozialpolitischen Fragen werden wir
später an der Hand des offiziellen Berichts näher
beleuchten.

Für heute interessieren uns nur noch die
Reden, die auf dem sich anschließenden Festmahl
im Balaisthotel gehalten wurden. Da war es der
Geheim Kommerzienrat Rirdorf-Khmelbe, der
Herrscher im Kohlen- und Koksindustriell, der eine
geharnischte Ansprache hielt, in welcher er „zum
geschlossenen Kampfe gegen den Umsturz“ auf-
forderte und ausdrücklich betonte, daß den
Sozialdemokraten wie den anderen Dr-
ganisationen gegenüber der Herrenstand-
punkt gewahrt werden müsse.

Das sieht denn doch dem anwesenden preu-
ßischen Handelsminister Delbrück zu „scharf“ zu
sein. Er erhob sich ebenfalls zu einer Rede, die
einige recht beachtenswerte Sätze enthält. Er sagte
da u. a.:

Schmirrel Rirdorf hat gesagt, wir wollen Herren
im Hause bleiben. Dieses Wort „Herren“ hat
Jahren mehr geschadet in der öffentlichen
Meinung als man es bittere Zeit, und daß es
geschadet hat, behaupte auch ich, da Sie etwas anderes
damit meinen. Es liegt jedem Unternhmer fern, ein
mittelalterliches Herrntum den Arbeitern gegenüber auf-
zuführen, es liegt und fern, den freien Willen zu be-
schränken, auch wenn es unser Arbeiter ist. Wir wollen
auch keine Herren sein, sondern wir wollen als erste
Arbeiter unserer Betriebe Kameraden unserer
Arbeiter sein, wir wollen das Recht der Kommando-
gewalt des älteren Offiziers gegenüber dem jüngeren, wenn
nicht der Betrieb in Scherben gehen soll. Wir wollen
Kameraden unserer Arbeiter sein; wenn uns das gelingt,
sind wir über die größte Schwierigkeit hinweg. Es handelt
sich dabei wie drüben eigentlich nur um die Anerken-
nung eines gewissen Standpunktes. Da
ist der Einigungspunkt gefunden in den letzten Worten
Rirdorfs. Wenn die Arbeitgeber die ersten Kame-
raden der Arbeiter sind, ist die Frage gelöst. Denn wir
sind darüber einig, daß wenn Sie Ihren Standpunkt ver-
treten in der Ueberzeugung, daß die Stärke des Vater-
landes in der Stärke der Industrie liegt, daß diese nur
erhalten bleibe, wenn ihr die Konkurrenzfähigkeit gegenüber
dem Auslande nicht genommen wird, über Einzelheiten wir
uns einigen werden“.

Die Rede des Handelsministers steht zweifel-
los vorzüglich ab von dem Schatzmachereien des
Herrn von Rirdorf, wenn auch eine etwas schärfere
Konart den Herren Großindustriellen gegenüber

durchaus angebracht gewesen wäre. Denn die Art,
wie Herr Rirdorf und Herr Bueck Sozialpolitik
treiben wollen, ist überaus gefährlich und durchaus
unpatriotisch. Sie ist geeignet, die Arbeiter, die
heute noch auf dem Boden unserer Gesellschafts-
ordnung stehen, in die Arme der Sozialdemokratie
hineinzutreiben, und es ist daher dringend not-
wendig, daß diesen Anschauungen gegenüber die
leitenden Staatsmänner sich zu einer deutlichen
Abgabe bequemen. Denn wenn unwillkürlich in
dieser trassen Form, wie es hier geschehen ist, der
Herrenstandpunkt hervorgekehrt wird, wenn man in
aller Offenheit erklärt, daß man von einer Sicher-
ung des Koalitionsrechtes der Arbeiter beileibe
nichts wissen will, wenn durch alle Reden der ton-
angebenden Großindustriellen sich wie ein roter
Faden der Gedanke zieht, von einer Gleichberechti-
gung der Arbeiter kann nicht die Rede sein, dann
muß schließlich Verzweiflung und Erbitterung in
der Arbeiterchaft immer weiter Platz greifen und
den umfänglichsten Ideen der Weg gebnet
werden.

Die Eröffnung des Reichstages steht in nicht
mehr allzuweiter Ferne. Die Vorlagen, die bisher
in Aussicht gestellt worden sind, können die Arbeiter
nicht befriedigen. Ihre Erwartungen sind höher
gespannt. Rüge der neue Arbeitsminister des
Deutschen Reiches dafür sorgen, daß die Ent-
täuschung der Arbeiter nicht allzu groß ist, und
daß nicht die Meinung noch bestärkt wird, daß
trotz aller schönen Reden doch die sozialen An-
schauungen der Rirdorf und Bueck maßgebend sind.

Nachklänge zum Zweiten deutschen Arbeiterkongress.

Die Erörterungen über den Verlauf des Kon-
gresses haben nachgerade ihren Abichluß gefunden.
Da ist es interessant, einige Bestimmungen zu hören,
die sich mit dem Ergebnis des Kongresses beschäftigen.
Die liberalen Zeitungen widmen ihm fast einstimmig
eine im wesentlichen nützliche Beurteilung. Auch
ihnen ist der konservativ-antimittelständlich-ultra-
montane Charakter der Tagung deutlich zum Be-
wusstsein gelangt, und von den geläuteten Bewusstseinen
versprechen sie sich allem Ähnlichen noch nicht zu viel.
Die Antwort des Reichstages auf die vom Abg.
Behrens vorgetragenen Wünsche ist ja in der Tat
ebenlowing verplichend wie die vor 4 Jahren. Von
den damaligen Besprechungen ist auch nicht eine
einzig eingelöst worden.

In einer großen Anzahl von liberalen Blättern
werden Betrachtungen angestellt über das Fehlen der
Deutschen Gewerksvereine, wodurch dem Rangre der
Charakter der Einheitlichkeit gegenüber der Sozial-
demokratie genommen worden sei. Das „Berliner
Tageblatt“ schreibt:

Wir machen kein Hehl daraus, daß wir diesen „christ-
lichen“ Arbeiterkongress überhaupt für eine verfehlt
Sache halten. Die Christl. Bund der Deutschen Ge-
werksvereine hatten das richtige Gefühl, daß
als sie sich diesem Versuch von Arbeitern, Gesellen und
Hilfsarbeitern, die im christlich-sozialen, antisemitischen
und ultramontanen Sinne schimmern, fern hielten. Trotz
der großen Zahlen, mit denen der Kongress prahlte, hat er
keinen rechten Boden unter den Arbeitern“.

Die „Danziger Zeitung“ beschäftigt sich eingehend
mit der Rede des Staatssekretärs und mit der Aufse-
rung, daß die christlichen Arbeitervereine „die nation-
alen Kerntuppen“ seien. Das Blatt bemerkt dazu:

Die Christl. Bund der Deutschen Gewerksvereine, die an
nationaler Gesinnung hinter diesen
Gesellen und der evan-
gelischen Orthodoxie sicherlich nicht nach-
sehen, an Eifer für die gemeinsamen

war, von lokalen Ausnahmen abgesehen (Köln, Aachen, Aachen), noch auf längere Zeit mit Aufträgen gut versehen. Die Beschäftigungsverhältnisse im Bau- und Gewerbe waren ziemlich ungleich, zeigten gegen Ende des Monats ein ziemlich starkes Nachlassen, wie es in gewissem Umfang zum Oktober stets eintritt; in einzelnen Bezirken ging auch die Baukonjunktur zurück. Im übrigen machten sich Saisonverhältnisse stark bemerkbar, der Rückstrom aus Bädern und Kurorten, der für einzelne Berufe bedeutend ist (Wirtschaftspersonal, Köche, Verpflegungsbeamte), trat infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse in diesem Jahre früher und stärker ein als sonst. Im allgemeinen waren Arbeitskräfte ungelerner Art im September 1907 nicht so knapp wie im September des Vorjahres.

Die Beschäftigungsziffer bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen war am 1. Oktober 1907 um 17 431 Personen höher als 1. September; im Vorjahr zeigte sich bei den gleichen Kassen eine Zunahme um 32 244 Personen; die Zunahme ist in diesem Jahre also etwas hinter den Ziffern des Vorjahres zurückgeblieben. Bei den Arbeitsnachweisen war das Verhältnis angebotener und befragter Stellen im allgemeinen nicht ungünstig; insbesondere in Süddeutschland (Baden) verhältnismäßig ein Ueberschuss von Arbeitskräften beim Arbeitsnachweise hervor. Die Arbeitslosenziffer bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Fachverbänden stellte sich am den 3. Oktobertagen im Juli, August und September gleichmäßig auf 1,4 v. H. Arbeitslose, ein Hinweis darauf, daß in diesem Zeitraum erhebliche Veränderungen des Beschäftigungsgrades als ganzes genommen sich nicht vollzogen haben dürften. — Die Verkehrseinnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen war im September 1907 um 5 565 093 Mk. höher als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von 82 Mk. oder 3,06 v. H. auf den Kilometer.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Tischler in der Württembergischen Klavierfabrik in Leipzig dauert fort. Der Arbeitgeberverband hat beschlossen, am 2. d. Mts. eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Musikinstrumentenarbeiter Leipzigs vorzunehmen, wenn bis dahin bei Tischler die Arbeit nicht aufgenommen ist. Es kommen etwa 50 Firmen mit nahezu 4000 Arbeitern in Betracht. — Auf der Holzstraße bei Sulzbach sind 700 Arbeiter wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streik eingetreten. — Der Ausstand der Schuhmachergesellen in Wetzlar dauert an. In einigen kleineren Betrieben sind die Forderungen bewilligt. — Auch in der Lederfabrik von Adler & Oppenheimer in Lingolsheim b. Straßburg dauert der Streik fort, obgleich es der Firma gelungen ist, einige Streikbrecher heranzuziehen. — In Kattowitz sind die Glasergehilfen in den Ausstand getreten. — Der Streik der Maschinisten auf den Fischdampfern in Hamburg-Altona hat an Umfang noch zugenommen und wird von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Die Differenzen im Berliner Lötgewerbe sind beendet. Die Gehilfen haben die von den Unternehmern gestellten Bedingungen, die ein gewisses Entgegenkommen zeigten, angenommen. — Bei der Firma Jandorf in Berlin bestehen die Differenzen mit den Hausdienern weiter. Um die Firma zur Nachgiebigkeit zu zwingen, haben die Sozialdemokraten den Boykott verhängt. — Ein eigenartiger Streik ist in Alburg bei Straubing in Bayern ausgebrochen. Dorthier haben 10—12jährige Anaben, die mit Dachbedeckungsarbeiten beschäftigt wurden, die Arbeit eingestellt, weil sie eine Erhöhung des Tagelohnes von 60 auf 80 Pfg. verlangten und die Forderung abgelehnt wurde. Die Unternehmern mußten mit ihnen in Verhandlungen eintreten, die mit der Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung endigten. — In der Zigarrenfabrik von Streuberg in Barntrup bei Bielefeld sind wegen Lohn-differenzen die Arbeiter in den Ausstand getreten. — Wegen Lohn-differenzen sind die Angestellten der elektrischen Straßenbahngesellschaft in Brunn in den Streik getreten, so daß der Straßenbahnverkehr vollständig ruht. — Im Bädergewerbe sind in Bad Nauheim Differenzen ausgebrochen, die dazu geführt haben, daß etwa 500 Bädergesellen ausgesperrt wurden.

Die Verleumdungsgesetz der Sozialdemokraten ist wieder einmal in die richtige Beleuchtung gerückt worden durch einen politischen Prozeß in Württemberg. In G., der in diesen Tagen seinen Abschluß gefunden hat. Wie die „Frl. Ztg.“ mitteilt, hatten die „Genossen“ gegen den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Herrn G. Simonet, den Vorwurf erhoben, er habe sich Ehrenamt als Mitglied des Gemeinderats dazu mißbraucht, um sich durch Bodenbesitzungen persönliche Vorteile zu verschaffen. Simonet wendete Klage an und oblagte. Nun wurde der Spieß umgedreht und die Demokraten erhoben in einem Eingeklagten gegen das sozialdemokratische Ge-

meinderatsmitglied Widersheimer den Vorwurf, er habe gelegentlich eines Güterkaufs „unsärl“ gehandelt und das Gericht pflichtete dieser Anschauung bei, indem es den von B. wegen Beleidigung verklagten Vorstand der Demokratischen Partei in zwei Instanzen freisprach, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Und abermals suchten die Genossen die Ehre Simonets zu heilen durch die Beleidigung, er habe im Prozeß B. einen Meineid geschworen. Der Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt lehnte die Einleitung des Strafverfahrens ab wegen Unglaubhaftigkeit der Widersheimer'schen Angaben, und das Oberlandesgericht Kolmar hat als letzte Instanz den Antrag B. auf gerichtliche Entscheidung über Erhebung der öffentlichen Klage gegen Simonet wegen Verletzung der Eidespflicht als unbegründet verworfen.

Damit haben die Sozialdemokraten einen Meinschritt erlitten, wie er gründlicher nicht sein kann. Der Vorfall zeigt aber auch, wie leichtfertig, ja gewissenlos man auf jener Seite mit der Ehre Andersdenkender umspringt. Offenbar hält man selbst sehr wenig von der eigenen. Die Kollegen können aber auch hieraus erkennen, was von den Verleumdungen und Verdächtigungen unserer Sache zu halten ist, und werden sich nicht weiter wundern, wenn nicht jeder Anwurf von links einer Antwort von uns gewürdigt wird.

Wie die Noten die Fertigkeit des Handarbeiters betreffen.

Wagt (Esterwart). Wir stehen in Differenzen, daher sind Arbeitsangebote für Glaschmucker und Röhrer ausbleiben. Kebrigen muß jeder, welcher beschäftigt ist, nach Wrag in Arbeit zu kommen, und dieses ein Jahr organisiert sein. Das Schreiben wegen Arbeitsangeboten muß von der Gruppenverwaltung unterschrieben und eine bestimmte Betrag sein, widrigenfalls das Arbeitsangebot nicht berücksichtigt wird. Auskünfte erteilt

Martin Bauer, Domann, Götting-Wrag (Esterwart). Also wer nicht ein ganzes Jahr der Gewerkschaft angehört, erhält in Wrag keine Arbeit vermittelt. Wenn das eine Behörde sich erlaubte, dann würden die sozialdemokratischen Blätter Jeter und Nordio schreiben. Da es aber ein sozialdemokratisches Blatt ist, küßt kein Hahn danach. Es ist wirklich ein eigenartiges Ding mit der Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie.

Als entsetzlicher Feind der antimilitaristischen Bestrebungen seines Parteigenossen Viehnecht bekennt sich in den „Soz. Monatsheften“ der Abg. Heine. Er hält es für verfehlt, die jungen Leute mit Grauen vor etwas zu erfüllen, dem sie sich doch nicht entziehen können. Er schreibt:

Wir haben mit der Taktik zu rechnen, daß gegenwärtig für sehr große Kreise des Volkes die Militärdienst nicht völlig ohne Reize ist und keineswegs eine Zeit bloß der Erniedrigung und Qual bedeutet, ja sich in der Erinnerung sogar noch verklärt und in dieser Gestalt im Leben nachwirkt. Es ist auch nichts Unnatürliches, daß junge, kraftvolle, ledig zu entflammende Menschen sich nach an angepannter körperlicher Ausbildung haben und sich mit einem gewissen Stolz in das Gedächtnis dieser in seiner Art imponierenden Mechanismen einzeichnen. Das sind keineswegs immer die schiedlichen Teile des Volkes. So lange nicht alle großen Nationen sich von der Räubermentalität der Politik abgewendet haben, bleibt die Ausbildung des Volkes an der Wehrhaftigkeit ein Erfordernis der nationalen Selbsthaltung.

„Vollendeten Wahnsinn“ nennt es Heine weiter, einen Wehrstreik anzusetzen zu wollen, weil durch eine solche Aufforderung lediglich eine Anzahl Söhne des Volkes, die ihr Folge zu leisten sich verpflichtet fühlen, zum Opfer gebracht würde, ohne daß damit auch nur der geringste Erfolg erzielt würde.

Man würde nicht den Militarismus ausschließen, sondern das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse selbst, und man würde nicht nur alle Lebenskräfte der kriegerisch fanatisierten Gehirnslosigkeit gegen die Partei lenken, sondern würde auch die Sympathien der ernsthaft denkenden, an der Erhaltung der nationalen Kultur und am Wohlergehen des Volkes ethisch interessierten Volksgenossen verschlingen.

Aus dem Munde eines Sozialdemokraten höchst merkwürdige Aufschauungen! Wie werden der „Vorwärts“ und „Soz. Volksz.“ über den Kanonenschein herfallen!

Einen recht merkwürdigen Vorfall, um die Zahl der Refurte in der Unfallversicherung zu vermindern, machte in der letzten Sitzung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik ein Dr. Hirsch in einem Referat über die Schattenseiten der Unfallversicherung. Wir verlegen es uns, auf die auch sonst durchaus ansehnlichen Ausführungen näher einzugehen und greifen nur einen Punkt heraus. Unter den Forderungen nämlich wurde von

dem Referenten auch der Satz aufgestellt, daß Refurte nur zulässig sein sollten gegen Zahlung einer Summe von 100 Mk., die bei der Abweisung verfällt. Wenn also ein armer Teufel gegen eine Entscheidung des Schiedsgerichtes bei dem Reichsversicherungsamt Refurte einlegen will, so soll er gleich der Refurteschrift einen blauen Schein mit beilegen. Es scheint uns gerabezu unverständlich, wie ein Mann, der sich mit der Frage der Unfallversicherung beschäftigt hat, einen derartigen Vorschlag machen kann. Das eine geht daraus jedenfalls hervor, daß er von den Lebensbedingungen des Arbeiters absolut keine Ahnung hat. Wieviel Arbeiter sind heute überhaupt imstande, sich 100 Mk. zurückzuliegen? Und wenn wirklich jemand sich eine solche Summe erspart hat, wer wird sie in einem vielerlei zweifelhaften Falle ohne weiteres riskieren? Das Refurterrecht der Arbeiter würde durch eine Bestimmung, wie sie da gemüht wird, eine so erhebliche Einschränkung erfahren, daß es für den Arbeiter so gut wie wertlos würde. Es ist ja nicht anzunehmen, daß der Vorschlag jenes Herrn Dr. Hirsch auch nur ernstlich erwogen wird. Trotzdem mußte er auch hier zurückgewiesen werden, da er J. B. der agrarischen Presse durchaus angebracht zu sein scheint. Leute aber mit so „weltfremden“ Ideen wie Herr Dr. Hirsch sollten sich lieber mit anderen Dingen als der Frage der Unfallversicherung beschäftigen.

Der Frage der Konkurrenzklausel. Vor einiger Zeit hat in Baden-Baden eine Konferenz der Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretäre sämtlicher in Badischen Handelstag vereinigten Handelskammern stattgefunden. Einen Gegenstand der Beratungen bildete auch das vom Ministerium des Innern verlangte Gutachten über die Konkurrenzklausel. Als Ergebnis dieser Beratungen sind folgende Grundzüge anzusehen:

1. Die badischen Handelskammern halten übereinstimmend die Aufrechterhaltung der Konkurrenzklausel an und für sich notwendig.
2. Es werden verhältnismäßig wenig Verträge mit Konkurrenzklausel abgeschlossen, insbesondere bilden Ueberfretungen der durch das geltende Gesetz gesetzte Schranke mit der Folge einer unbilligen Erschwerung des Fortkommens des Handelsgeschäfts jedenfalls eine seltene Ausnahme.
3. In der Ueberzeugung, daß etwa vorgekommene Mißbräuche keinesfalls einen ausreichenden Grund zur Abänderung des Gesetzes geben, daß vielmehr die §§ 74—76 H.-G.-B. dem Schutze in vollem Maße die Mittel an die Hand geben, um gegenüber etwaigen Mißbräuchen zu seinem Rechte zu kommen, hat die große Mehrheit der badischen Handelskammern sich für die Aufrechterhaltung des geltenden Rechts ausgesprochen.

Der Standpunkt, der hier eingenommen wird, ist ebenfalls tief zu bedauern. Wozu denn die Konkurrenzklausel, wenn verhältnismäßig wenig Verträge abgeschlossen werden? Um der auch hier zum Ausdruck gelangenden Einseitigkeit entgegenzutreten, muß unbedingt darauf bestanden werden, daß auch die Handelsgeschäfts-Organisationen zur Abgabe von Gutachten aufgefordert werden.

Gewerkevereins-Zeit.

§ Berlin. Stellungnahme gegenüber den terroristischen Maßnahmen des freien Transportarbeiter-Verbandes, lautete die Parole, unter der sich alle nicht freigezwungen organisierten Handelsgeschäftsarbeiter Berlin in einer öffentlichen Versammlung am Dienstag, 29. Oktober, versammelten. Das wiederholt gescheiterte Vergehen des Zentral-Verbandes, das sich in brutaler Ueberdrückung Arbeiterorganisierter geltend macht, veranlaßt die übrigen Organisationen, mit Einschluß unser Berliner Handelsgeschäftsarbeiter-Vereinigung, jenen Terrorismus öffentlich an den Pranger zu stellen. Das auflösende Moment hierzu gab die gegenwärtig schwebende Tarifbewegung der Warenhausangestellten, die in den Differenzen mit dem Warenhaus Jandorf ihren Ausbruch findet. Obwohl die im vorgenannten Hause Beschäftigten den verschiedensten Organisationen angehören, unterließ sich der Zentral-Verband den Versuch zu wagen, genannte Firma zu verpflichten, ihre Arbeitskräfte nur von dem Arbeitsnachweis des Zentral-Verbandes zu beziehen. Man dachte damit die übrigen Organisationen einfach erdrosseln zu können. Der Versuch ist kläglich gescheitert. Augenblicklich liegen man in diesem Kampfe die Dinge so, daß auf Betreiben des unterlegenen Transportarbeiter-Verbandes die sozialdemokratische Partei den Boykott über das Haus Jandorf verhängt hat, und der genannte Verband erwartet von den übrigen Organisationen der Handelsgeschäftsarbeiter, daß sie nun Streik und Boykott in der angestrebten Weise unterstützen. Ihrer Tagesordnung nach sollte man jene Protestversammlung zu der Tarifbewegung und dem von uns beanstandeten Vorgehen der Arbeitsvermittlung, Stellung nehmen. Die Erbitterung gegen das hochmütige Verhalten des Zentral-Verbandes ließ jedoch dem Referenten die Schranke überbringen. Von unserer Seite unternehmen es Kollege K. nicht, die Diskussion auf die rechte Grundlage zurückzuführen. Er legte dar, woran es in heutiger Versammlung allein ankomme, geistliche die Praktiken des Transportarbeiter-Ver-

Staatsinteressen sie dabei ganz gewiß übersehen, haben daher ohne die Protection einer hohen Regierung, und obwohl gerade gegen sie sich die Angriffe der sozialdemokratischen Gewerkschaften am schärfsten wandten, ständig Fortschritt gemacht und werden ihre Organisation als Arbeiterorganisation, die jeder Konfession und jeder politischen Partei gegenüber ihre Unabhängigkeit bewahrt, hoffentlich auch in Zukunft noch kräftig weiter ausbauen."

Die „National-Zeitung“, ein führendes national-liberales Blatt, ist verstimmt, daß die Einigungs-Verhandlungen zwischen den Christlichen und den Deutschen Gewerksvereinen keinen Erfolg gehabt haben und mahnt die Ersteren, künftighin mehr Duldsamkeit zu üben. Die Ditsch-Dunderscheu aber, so meint das Blatt, „würden der von ihnen vertretenen Sache vermuthlich einen größeren Dienst leisten, wenn sie weniger Wert auf die theoretische Klarstellung der Unterschiede, als auf die praktische Mitarbeit legten“.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drückt ihre Freude aus über das erfreuliche Anwachsen der auf monarchischem, nationalem und christlichem Boden stehenden Arbeitervereine. Pönglich der Abwesenheit der Deutschen Gewerksvereine bemerkt sie, daß die in letzter Stunde erfolgte Abgabe der Ditsch-Dunderschen Gewerksvereine begriffliches Aufsehen erregte, diesem Berliner Tage ebenso fern bleiben zu wollen wie dem ersten Kongresse zu Frankfurt. Ein solches Zusammenhalten aller sozialdemokratischen Verbände würde die Macht ihres Auftretens zumungunsten der Sozialdemokratie recht verfeinern. Das ist freilich auch gegenwärtig nicht ausgeschlossen, wenn dem getrennt Marchieren nur das gemeinsame Schicksal folgt.

Auch die „Soziale Praxis“, die der christlichen Bewegung im allgemeinen überaus freundlich gesinnt gegenübersteht, äußert sich zu dieser Angelegenheit und meint:

„Es ist zu unserem größten Bedauern nicht gelungen, die Deutschen Gewerksvereine in enge und freundliche Beziehungen zu den Christlichen zu bringen; diesmal fand sich kein mittlerer Weg zu einer gemeinsamen Aktion auf dem Kongreß. Auch jetzt noch sind zahlreiche Vereine und Verbände in der Bewegung, die im eigentlichen Sinne nicht als gewerkschaftlich zu betrachten sind. Man denke an die in der Bewegung, die im eigentlichen Sinne nicht als gewerkschaftlich zu betrachten sind. Man denke an die in der Bewegung, die im eigentlichen Sinne nicht als gewerkschaftlich zu betrachten sind. Man denke an die in der Bewegung, die im eigentlichen Sinne nicht als gewerkschaftlich zu betrachten sind.“

Hören wir nun einige Zeitungen, die ihrer ganzen politischen und wirtschaftlichen Tendenz nach den auf dem Kongresse vertretenen Organisationen freundlich gesinnt sein müssen. Ein Zentrumsorgan, die „Allg. Volksg. Ztg.“, ist überaus bejodelt von dem Kongreß. Die Vertreter seien ausgezeichnet gewesen; die Redner, lauter praktische Arbeiter, keine Akademiker, hätten streng sachlich geredet. Von den Deutschen Gewerksvereinen heißt es:

„Sie hatten schon 1908 in Frankfurt nicht mitgemacht. Erst v. Arlepp, der sie nun betonen wollte, vermittelte dergestalt, daß die Ditsch-Dundersche Vereine haben Bedingungen erfüllt, die recht anstandslos — freimüthig sind; der ganze Kongreß sollte sich nämlich nach ihren Anschauungen ummodellieren. 10 Pct. wollten den anderen 90 Pct. die Majorität vorzubereiten. Der Kongreß in seiner überwiegenden Mehrheit hat diese Zumutungen rundweg zurückgewiesen.“

Hier wollen wir uns nur die Bemerkung gestatten, daß die „Allg. Volksg. Ztg.“, ebenso wie Herr Behrens auf dem Kongreß die Bedingungen, die die Deutschen Gewerksvereine für die Teilnahme am Kongreß gestellt haben, auch „nach ihren Anschauungen ummodelliert“. Wer die vom Zentralrat angenommene Resolution liest, der weiß, daß die Gewerksvereine sich an einen nationalen Arbeiterkongreß gern beteiligen hätten, und daß allein das dem Kongreß aufgedruckte christliche Gepräge und die Teilnahme unmöglich gemacht hat, da wir nach wie vor entschlossen sind, an unserer partei- und kirchenpolitischen Unabhängigkeit festzuhalten.

Das antisemitische „Reich“ erblickt naturgemäß in dem Kongreß ein weltgeschichtliches Ereignis. Es freut sich offenbar, daß die Gewerksvereine nicht dabei waren und seine Kreise nicht geführt haben.

Die konservative „Kreuzzeitung“ ist gar nicht zufrieden. Sie übt eine abfällige Kritik an der geforderten Erhöhung der Arbeitslöhne, der Verkürzung der Arbeitszeit, sowie an der Forderung eines besseren Koalitionsrechtes. Das Blatt vermißt das notwendige Verantwortungsgefühl der Führer und meint:

„Eine Ehrenpflicht liegt ihnen das Telegramm des Kaisers auf, der dem Kongreß persönlich, ohne jeden Vorbehalt, seine Freude . . . ausdrückte und zugleich den Wunsch, daß der Kongreß zum Segen der Arbeiterschaft und des gesamten Vaterlandes gereiche. Diese Anerkennung des Kaisers auch ferner zu verdienen und diesen Wunsch zu erfüllen, dazu gehört ein bewußtes Einordnen der Arbeiterschaft in das Gesamtinteresse der Nation.“

Das klingt noch ziemlich diplomatisch. Viel klöbiger äußert die konservative „Schles. Ztg.“ ihren Unmut darüber, daß die Regierung den auf dem Kongreß vertretenen Arbeitern gegenüber nicht mehr Zurückhaltung beobachtet hat.

„Vergessen sucht man in den Reden des Kongresses nach einem grundsätzlichen Abrücken von der Sozialdemokratie, vergessens auch nach einer irgendwie gearteten Anerkennung für die Regierung. Im Gegentheil, die Letztere wird mit Bornüßigkeit überhört, daß sie die Sozialreform verumflüßeln lasse, daß sie den Interessen der Arbeitgeber diene, die der Arbeiter aber vernachlässige. Die ganze sozialpolitische Befragung, in der wir den anderen Staaten mit Sicherheit im Vorausgehalt sind, wird als durchaus ungenügend dargestellt. . . . Genau im Sinne der Sozialdemokratie werden diese Rechte und Freiheiten gefordert und beantragt, und schließlich fehlt auch nicht die kaum verlässliche Trostung, daß im Falle der Nichterfüllung der Forderung eine massenhafte Bahnenflucht ins sozialdemokratische Lager zu gewärtigen sei. Das ist die „unerschütterliche Zuverlässigkeit“ dieses „nationalen Kongresses!“

Man sieht daraus, daß auch innerhalb der konservativ-antisemitisch-ultramontanen Paorung recht große Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, und daß die auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter gut daran tun, ihre Hoffnungen auf das Parlament nicht zu hoch zu spannen.

Zum Schluß nun noch das Urteil eines evangelischen Arbeiters, der an dem Kongreß teilgenommen hat und seine Meinung in der „Frankf. Ztg.“ zum Ausdruck bringt:

„Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiterkongreß, so erklärte der zweite Vorsitzende Stegerwald in seinem Schlusswort, und es ist interessant, von hier aus die verschiedenen Einzelheiten dieser Tagung zu betrachten. Es waren eingeladen von politischen Parteien: Zentrum, Konservativ, Freikonservativ, Wirtschaftliche Vereinigung und die Nationalliberalen. Was weiter links steht, kommt für den Begriff „christlich-national“ nicht mehr in Frage. Nun wurde aber im Lauf der Tage eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, die ohne die Parteien der Vorken gar nicht durchzuführen sind, weil sie bei den meisten der anderen Richtungen aktiven Widerstand finden. Da ist ein einheitliches Gehörrecht, Koalitionsrecht für die Handarbeiter, Erhaltung der kleinen Renten, freies Vereins- und Versammlungsrecht, die Gleichstellung der Konsumvereine mit Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften; es wurde die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung förmlich verlangt und endlich fand eine Resolution betreffend Einführung des Reichstagswahlrechts in den Landtagen eine so starke Unterstützung, daß der Vorsitzende erklären mußte, der Kongreß habe deutlich genug gezeigt, wie er in dieser Sache denke. Trotzdem brachte man diese Resolution nicht zur Abstimmung, weil es eine rein parteipolitische Frage sei und wegen des föderativen Charakteres des Kongresses. Das ist eine mehr als sonderbare Begründung, nachdem im Referat über die sozialpolitische (nicht parteipolitische) Lage wörtlich gesagt wurde: „Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfinden die Wahlrechte, insbesondere das des größten deutschen Bundesstaates, als die denkbar größte Ungerechtigkeit. Sie sind gegen den Klassenkampf von unten, aber auch ebenso gegen einen solchen von oben und verlangen daher, daß endlich einmal mit diesem veralteten Klassenwahlrecht aufgeräumt werde.“

Nach all dem lag auf der Hand, was jeder vernünftige Mensch längst weiß, daß das nicht eine Sache ist, die mit „ich meine“ oder „ich hoffe“ erledigt ist. Es ist auch ohne weiteres klar, daß es für die geistige und materielle Erziehung des Arbeiterstandes die notwendigste Voraussetzung ist, in den Parlamenten, denen in dieser Richtung so viele Aufgaben gestellt sind, genügend vertreten zu sein. Es ist durchaus für den Arbeiter keine parteipolitische Frage, und daß der Arbeiter keine Mehrheit des Kongresses nicht durch eine Resolution zum Ausdruck gebracht werden durfte, das hat seine Gründe in den Kreisen, die allerdings das Gegentheil parteimäßig vertreten und denen man diese unangenehme Situation ersparen wollte oder magte. Was den föderativen Charakter anbelangt, so hat man in dieser Richtung die Grenzen auch bei anderen Dingen überschritten, wie beim Reichs-, Vereins- und Versammlungsrecht und Reichsbürgerschaft. Man kann nun auf die Weiterentwicklung dieser Fragen gespannt sein. Soviel ist sicher, daß mit den Parteien, die den Kongreß begrüßten, die genannten Forderungen nicht erfüllt werden. Was sonst an Verbesserungen kommen mag in bezug auf Arbeiterschutz und -versicherung, ist gut und notwendig. Es muß sich aber im Laufe der nächsten Jahre zeigen, ob die Arbeiter lieber auf die Erfüllung dieser Forderungen verzichten, als daß sie einfach lernen, daß es ein Unlück ist, sich politisch zusammenzusetzen mit Schwärmern, die größtenteils weder das Staatsideal noch die Wirtschaftspolitik verfolgen, die es allein möglich, weil notwendig machen, dem Arbeiter die gefährlichsten Dinge zu gewähren. Die Sprache, die gelegentlich geführt wurde, zeigt jedenfalls aber das Maß dessen hinaus, was in vielen Kreisen lieblich ist und wohl lautet. Ob aber einmal die Konsequenzen gezogen werden aus dem Erkenntnis dessen, was man will und was man mit den politischen Kräften, auf die man sich jetzt stützt, erreichen kann, hängt von der sozialpolitischen Haltung des liberalen Arbeiters ab. Staatspolitisch ist diese Tagung nicht ohne Bedeutung, und es wäre unfruchtbar, wenn der Liberalismus die Kräfte und den Willen unterschätzen würde, der hier versammelt war. Zuletzt erweist sich nicht nur wahre Freundschaft gegen die Arbeiter, sondern christliche Arbeit für und durch die Arbeiter als das Stärkere und Zugkräftigere. Denn nur zum Fortschritt können sich die Arbeiter bewegen lassen.“

Wir möchten damit unsere Ausführungen schließen und den evangelischen Arbeitern anheimgeben, die

Anschauungen zu ziehen. Denn von ihnen vertretenen Anschauungen gemäß kann es nur einen Weg für ihre Mitglieder geben, das ist der Anschluß an die Deutschen Gewerksvereine.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 1. November 1907.

„Ein künftiger Ditsch“. Unter dieser Schlagmarke berichteten wir kürzlich, daß der Ditschler der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Dahlenhausen, unter Mitnahme der Kassengelder flüchtig geworden sei. Wie wir jetzt aus zuverlässiger Quelle erfahren, trifft diese Mitteilung nicht zu, sondern der betreffende Kassierer ist nur verzogen. Anzahl Kasse und Bücher einem anderen Ausschussmitglied zu übergeben, ließ er sie bei seinem in Dahlenhausen ansässigen Verwandten zurück, wodurch der Irrtum anfänglich hervorgerufen wurde. Die Kasse sowohl wie auch die Bücher sind inzwischen dort abgeholt und befinden sich in bester Ordnung. Wir bedauern lebhaft, daß wir die falsche Nachricht weiter verbreitet haben, und hoffen, daß „Vorwärts“ und „Reich“ ihren Lesern ebenfalls bekanntgeben werden, daß sie bei Verbreitung dieser Notiz falsch unterrichtet gewesen sind.

Aus den Kreisen unserer Handelshilfsarbeiter-Vereinigung geht uns unter Berufung auf den im Gewerkevereinstellenden Verammlungsbericht eine Zuschrift zu, der wir weiteste Verbreitung und Beachtung wünschen: Die Gelegenheit zur Gewinnung neuer Mitglieder für unsere junge Organisation ist sehr günstig, und es ist deshalb notwendig, daß überall mit einer energischen Agitation eingegriffen wird, um die unseren Bestrebungen zugewandten Handelshilfsarbeiter zu uns herüberzuziehen. Aber man warte nicht erst auf eine persönliche bestimmtere Aufforderung! Die Angelegenheit ist zu dringend und der Gegner Verhörungen erlassen nie. Denjenigen Kollegen, die Informationen wünschen, die die Adresse der Vereinigung, Berlin, Kochstraße 56, zur Verfügung. Ist jeder einzelne Gewerkevereinstollge auf dem Posten und sich seiner Pflicht bewußt, so muß es uns gelingen, in kurzer Zeit einen Berufs-gewerkeverein der Handelshilfsarbeiter ins Leben zu rufen. Es gilt vor allem, dem Transportarbeiter-Verbande, der in seiner Agitation vor nichts zurück-scheut, dem jedes, auch das geringste Mittel zur Erreichung seiner Zwecke recht ist, der nur mit Hilfe der Korruption seine jegliche Stellung einnehmen konnte, eine Organisation entgegenzustellen, die all-jedes verabsichtigt, die allein das Wohl der Berufs-kollegen zu fördern bestrahlt ist und in deren Reihen jene dunklen Mächte schlummern, die die Führer des „alleinigmachenden“ Zentral-Verbandes mit wahrer Verworfenheit betreiben, keinen Boden finden. Neunund-neunzig Prozent seiner Mitglieder kennen die Geschichte ihres d. h. des Transportarbeiter-Verbandes nicht, eine Geschichte, in welcher sich Betrug, Ver-gewaltigung und andere schöne Tugenden in bunter Folge abspielen und in der, wie schon gesagt, auch die schlimmste Korruption eine traurige Rolle spielt. Würden sie diese Entwicklung kennen, es würde ihnen widerstehen, noch länger die Gefolgschaft dieser Herren zu bilden. Das darüber mögliche Aufklärung verbreitet wird, dafür wird hoffentlich der Verlauf der Verammlung vom 29. Oktober sorgen. Der Zentral-Verband, der mit dem Betrug am Verein Berliner Hausdiener glaubte seinem Wirken die Krone aufgesetzt zu haben und vermeinte, sich nunmehr in dem Glanze seiner Erfolge sonnen zu können, soll jetzt wahrnehmen, daß neue Streiter erstanden sind, die nicht gewillt sind, ihr heiligstes Recht mißbraucht und mit Füssen getreten zu sehen. Die Zahl dieser Streiter zu vermehren, ist die Aufgabe unserer Handelshilfsarbeiter-Vereinigung und ihrer Mitglieder in gemeinsamem Zusammenwirken mit den Gewer-kevereinstollgekollegen allerwärts. Diese Aufgabe zu lösen, ist unser vorläufiges Bestreben, und die Lösung lautet: „Vorwärts zur Schaffung eines Gewer-kevereins der Deutschen Handelshilfsarbeiter!“ W. H.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September wird vom „Reichsarbeitsblatt“ noch immer recht günstig beurteilt. Die Beschäftigung hat sich danach im Allgemeinen auf der gleichen Höhe gehalten wie im August, wenn auch insbesondere aus der Eisenindustrie verschiedentlich ein gewisses Rücklassen in der Richtung neuer Aufträge berichtet wird. Ein Umsturz in der Konjunktur der großen Industrien ist im Berichtsmontat nicht eingetreten, im Rohlenbergbau war die Nachfrage noch sehr stark, so daß sie zum Teil nicht voll befriedigt werden konnte. Aus der Eisenindustrie wird ebenfalls volle Beschäftigung gemeldet, wenn auch ver-einzelt die Aufträge nicht mehr so reichlich eingingen. Ebenso lauten die Mitteilungen über die Arbeiteloge in der Maschinenindustrie weiter günstig. Die elektrische Industrie zeigte keinerlei Veränderungen in der im Allgemeinen günstigen Geschäftslage der letzten Monate, ebenso die chemische Industrie. Die Textilindustrie